

Der Stadt geht langsam das Geld aus

Rechnungsabschluss - Grüne Billig-Tram, SP will Post erhalten

Ganz im Zeichen der Wirtschaftskrise steht die Debatte über den Rechnungsabschluss 2008, die zwei Tage lang im Wiener Rathaus stattfindet. Wien hat im Vorjahr mit 11,08 Milliarden Euro zwar ausgeglichen gewirtschaftet, hat aber – anders als in den Vorjahren – keine Schulden zurückgezahlt.

Der größte Brocken im Rechnungsabschluss 2008 entfällt auf Gesundheit und Soziales. Die Ausgaben für Gesundheit stiegen um 16,8, jene für Soziales um 13,7 Prozent. Die weltweite Wirtschaftskrise, so betonte SP-Finanzstadträtin Renate Brauner, habe auch in Wien für „unerfreuliche Rahmenbedingungen“ gesorgt. Der

einzigste Überschuss, den Wien zu verzeichnen und an den Bund abzuliefern hat: Den Maastricht-Überschuss (259 Mio. Euro). Brauner: „Das ist auch notwendig, um Wien weiter die guten Konditionen bei Aufnahme von Fremdmitteln zu sichern.“

„Wir werden Schulden vermeiden, wo immer es geht, aber wenn die Wiener Hilfe brauchen, werden sie sie auch bekommen“, unterstreicht Brauner die Notwendigkeit der Konjunkturpakete der Stadt in Höhe von derzeit fast eine Milliarde Euro.

Dass angesichts der aktuellen Probleme genau für solche Hilfe aber das Geld fehlt, bemängelt die Opposi-

tion. Eduard Schock (FP) spricht von Absiedelungen aus Wien und nennt als Beispiele IBM, Bank Austria und zuletzt bei Siemens.

Maria Vassilakou (Grüne) und Matthias Tschirf (VP) kritisierten die vielen Millionengräber der Stadtpolitik – von Prater-Vorplatz bis zu dubiosen Cross-Border-Geschäften. Die Grüne fordert drei Mrd. Euro für die thermische Sanierung von Wohnhäusern, sowie eine generelle Senkung der Tram-Tarife. Die VP verlangt ein höheres Engagement für 600 bedrohte Siemens-Arbeitsplätze.

Die SPÖ forderte, Privatisierungsversuche bei der Post einzustellen.